Bibl

Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die fünfgespaltene Korpuszeile 20, Reklamezeile 30 ₰.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10 bis spätestens vormittags 10 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,60 Mk. von unseren Boten ins Haus gebracht 1,75 Mk und durch den Briefträger 1,74 Mk.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 57. | Donnerstag, den 15 Mai 1919 | 58. Jahrgang.

Das „Nein" der Volksvertretung.

Der erste Zusammentritt der deutschen Nationalversammlung in der Reichshauptstadt gestaltete sich am Montag zu einer denkwürdigen Kundgebung, zu einem einmütigen Protest gegen den schimpflichen Vergewaltigungsfrieden, den die Entente uns aufzuzwingen sucht.

Bald nachdem Ministerpräsident Scheidemann mit sämtlichen in Berlin anwesenden Staatssekretären erschienen war, eröffnete Präsident Fehrenbach um 3¼ Uhr die Sitzung mit der Erklärung, daß aus allen Teilen des Reiches so zahlreiche Protesttelegramme gegen die Zerstückelung des Reiches eingelaufen seien, daß er sie unmöglich zur Verlesung bringen könne. Nachdem dann Geheimrat Dr. Kahl der Versammlung einen Willkommen-Gruß der Universität entboten und daran erinnert hatte, daß vor neun Jahren an gleicher Stätte anläßlich der Hundertjahrfeier der Universität die Vertreter der feindlichen Länder dem deutschen Volke und dem deutschen Geiste huldigten, ergriff Ministerpräsident Scheidemann zu einer Erklärung über die Friedensbedingungen das Wort. Hatte schon die Wendung in seiner Rede: „Welche Hand müßte nicht verdorren, die uns in diese Fesseln (des Friedensvorschlages der Entente) legt?" ein stürmisches Echo geweckt, so toste ein immer wiederholtes, aus tiefstem Herzen kommendes Bravo aus der Versammlung empor, als der Ministerpräsident den Satz gesprochen: „Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar!"

„Wir haben Gegenvorschläge gemacht, und werden noch weitere machen," erklärte der Ministerpräsident, und forderte einen Friedensvertrag, der gehalten werden kann.

Damit war das Wichtigste, was an diesem Tage gesagt werden konnte und gesagt werden mußte, gesagt. Die Erklärung, die der preußische Ministerpräsident Hirsch namens der Regierungen aller deutschen Freistaaten abgab, unterstrich das „Nein" der Reichsregierung aufs wirksamste. Die Parteiredner, die nun folgten, der Mehrheitssozialist Hermann Müller, der Zentrumsabgeordnete Groeber, der Demokrat Konrad Haußmann, zeigten mit Schärfe und mit Wärme die Unmöglichkeit der Vertragsbedingungen, und jede Rede klang in das gleiche „Unannehmbar" aus.

Hermann Müller sagte, wenn dieser Vertrag angenommen würde, so müßten breite Massen unseres Volkes auf die Straße betteln gehen. Konrad Haußmann verkündete, wie schon Scheidemann es getan, auch den Deutsch-Oesterreichern treues Festhalten an der Vereinigungsidee. Stürmischen Beifall fanden seine Worte: „Hätte unser Heer, hätten unsere Arbeiter am 5. und 9. November gewußt, daß der Friede so aussehen würde, das Heer hätte die Waffen nicht niedergelegt, alles hätte ausgehalten. In dem „Unannehmbar" war ferner Graf Posadowski (Dtschn. Vp.) so entschieden wie Frau Böhm-Schuch (Soz.), die namens der Frauen sprach, und Stresemann (D. Vp.) und die anderen Redner bis auf den Abg. Haase, der namens der Unabhängigen Sozialdemokraten deren bekannten Standpunkt vertrat, daß wir den Friedensentwurf, so empörend er wäre, annehmen müßten. Außer verschiedenen Rednern, die für ihre bedrohten Heimatgebiete Protest gegen die Raubpolitik der Entente erhoben, sprachen noch der demokratische Pazifist Quidde und der Zentrumspräsident Fehrenbach. Quidde erklärte, daß die internationalen Pazifisten einen ehrlichen, dauernden Frieden wollten, daß sie gerade darum den Versailler Vertrag ablehnen müßten, der nichts sei als „ein Hohn auf den Frieden der Völkerverständigung". Er schloß seine Rede einem dreifachen „Nein!" Das tiefbewegte Schlußwort des Präsidenten suchte zusammenzufassen, was in dieser ewig denkwürdigen Sitzung an Stimmungen und Gefühlen laut geworden ist.

Wir geben nun die einzelnen Reden in ihrer zeitlichen Aufeinanderfolge dem wesentlichen Inhalt nach wieder.

Ministerpräsident Scheidemann: Die Deutsche Nationalversammlung ist heute zusammengetreten, um am Wendepunkt im Dasein unseres Volkes gemeinsam mit der Reichsregierung Stellung zu nehmen zu dem, was unsere Gegner Friedensbedingungen nennen. In fremden Räumen hat sich die Vertretung der Nation zusammengefunden, wie eine Schar Getreuer, wenn das Vaterland in höchster Gefahr ist. Alle sind erschienen bis auf die Elsaß-Lothringer, denen man schon jetzt das Recht genommen hat, hier vertreten zu sein. Vertreter aller Stände sind hier, die Erwählten von Rheinland, vom Saargebiet, von Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien, von Danzig und Memel, alle die Männer, die, wenn es nach dem Willen der Feinde geht, zum letztenmale als Deutsche unter Deutschen tagen sollen. Nur ein Gebot gibt es zu dieser Stunde: **Wir gehören zusammen, wir müssen beieinander bleiben, wir sind ein Fleisch und ein Blut, und wer uns zu trennen versucht, der schneidet mit mörderischem Messer in den lebendigen Leib des deutschen Volkes!**

Unser Volk am Leben zu erhalten, das ist unsere Pflicht. Das dicke Buch von Versailles, in dem hundert Absätze beginnen: „Deutschland verzichtet, verzichtet, verzichtet!", dieser schauerlichste und mörderische Hexenhammer, mit dem einem großen Volk das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückelung, das Einverständnis mit

Versklavung und Helotentum

abgepreßt und erpreßt werden soll, — dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden. Die Welt hat auf Wilson gehofft. Sie ist wieder um eine Illusion ärmer geworden. An Hand der Friedensbedingungen wies nun Ministerpräsident Scheidemann die Unannehmbarkeit dieses Vertrages für Deutschland nach und erklärte: **Wir haben Gegenvorschläge gemacht. Wir werden noch weitere machen. Wir sehen mit Ihrem Einverständnis unsere heilige Aufgabe darin, zu Verhandlungen zu kommen. Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar, so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könnt solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Millionen und aber Millionen Kehlen, aus allen Ländern ohne Unterschied der Partei der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan!**

Ich danke allen, aus denen ein empörtes Herz und Gewissen sprechen. Ich danke vor allem und erwidere in unvergänglicher Anhänglichkeit das Gelöbnis der Treue, das gerade jetzt aus Wien zu uns herüberschallt. **Ich rechte nicht mit den anderen, denen der Käfig noch nicht dicht genug geflochten, noch nicht eng, noch nicht martervoll ist, der Käfig, in welchem das „deutsche Tier" gesperrt werden soll. Wir kennen unseren Weg. Ueber diese Bedingungen darf er nicht führen!** Es hieße nicht, an Deutschlands Zukunft zweifeln, sondern diese Zukunft opfern, wenn wir anders denken und fühlen wollten.

Wird dieser Vertrag unterschrieben, so ist es nicht Deutschlands Leiche allein, die auf dem Schlachtfelde von Versailles liegen bleibt. Daneben werden als ebenso edle Leichen liegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Unabhängigkeit freier Nationen, der Glaube an all die schönen Ideale, unter deren Banner die Entente zu fechten vorgab, und vor allem der Glaube an die Vertragstreue.

Wir kämpfen nicht mehr, wir wollen den Frieden. Gewiß! Wehe denen, die den Krieg heraufbeschworen haben. Aber dreimal Wehe über die, welche heute einen wahrhaften Frieden verzögern auch nur um einen Tag!

Preuß. Ministerpräsident Hirsch erklärte im Auftrage sämtlicher deutscher Freistaaten gegenüber den Absichten der Feinde, uns für alle Zeiten aus der Reihe der Kulturstaaten der Welt zu streichen und das arbeitsfreudige deutsche Volk zu einem Knechtsvolk zu machen, lieber tot als Sklave! Die Bedingungen, die dieser Friedensvorschlag uns auferlegen will, sind selbst von dem entsagungsbereitesten Volke nicht zu tragen. Die Ausführung ist eine Unmöglichkeit, darum ist dieser Friedensvorschlag unannehmbar. Wir sind in diesem Urteil einig mit der Reichsregierung. Wir sprechen ihr in dieser Stunde unser vollstes Vertrauen aus. Die Reichsregierung hat unsere Zustimmung in dem Entwurf, diesem Friedensentwurf der Gewalt einen solchen des Rechts, der Wiedergutmachung und der Völkerversöhnung entgegenzustellen. Unsere Feinde mögen sich hüten, auf irgendeine Uneinigkeit der deutschen Stämme zu rechnen. In der bittersten und furchtbarsten Not stehen wir alle in unerschütterlicher Treue zum großen deutschen Vaterlande. (Lebh. Beifall.)

Abg. Müller-Breslau (Soz.) bezeichnete den Friedensvertrag als unerträglich und unerfüllbar und daher für unannehmbar. Wir stehen mit dieser Auffassung nicht allein. Am Sonntag hat der holländische Sozialistenführer Troelstra in Nymwegen gleichfalls erklärt, daß dieser Friedensentwurf für das deutsche Volk unannehmbar und ein Unglück nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Menschheit sei. Dieser Friedensvertrag ist ein Werk der siegreichen Ententekapitalisten und bringt daher den Arbeitern überhaupt nichts. Mit dem deutschen Sozialismus aber wollen die Ententekapitalisten den Sozialismus in allen Ländern treffen.

Abg. Groeber (Ztr.) lehnte im Namen seiner Partei den Vertrag ab, der einen Wortbruch im vollsten Sinne des Wortes darstellt. Was England nütze, das schade übrigens Frankreich, und das Uebermaß der Forderungen werde sich auch vom Ententestandpunkt aus als undurchführbar erweisen. Soviel Ungerechtigkeit und Grausamkeit, wie in diesem Vertrage angehäuft sei, habe die Welt noch nicht erlebt.

Im Namen der deutschen Frauen protestierte Frau Abg. Böhm-Schuch (Soz.) gegen diesen Vertragsentwurf. Das Deutsche Reich habe eine ganz ungeheure Gegenrechnung an die Entente für das, was seinen Frauen, Kindern und Gefangenen angetan worden sei. Die deutschen Frauen appellieren an ihre Mitschwestern in der ganzen Welt und hoffen besonders, daß unsere Kriegsgefangenen bedingungslos zurückgegeben werden, wie wir auch die feindlichen Gefangenen ausgeliefert haben.

Abg. Haußmann (Dem.) lehnte im Namen der deutschen Demokratie die Ententeforderungen ab. Ein Friede auf dieser Grundlage sei ein Verrat an der Demokratie. Im Jahre 1916 habe Ebert, Fehrenbach und er auf dem Wege über Bern ein Friedensangebot auf dem Boden der Verständigung an die Entente gerichtet, jedoch erfolglos.

Abg. Bitta (Ztr.) wandte sich im Namen seiner oberschlesischen Landsleute mit aller Schärfe gegen die Abtrennung Oberschlesiens vom Deutschen Reiche. Die Gesinnung der Oberschlesier sei deutsch, und das habe sich auch im Kriege gezeigt. Ein Ruf gehe heute durch ganz Oberschlesien, deutsch zu bleiben.

Abg. Graf Posadowsky (Dt. Vp.): Dieser Vertragsentwurf ist ein Gemisch von französischer Rachsucht und englischer Brutalität. Man will eine ungeheuerliche Brandschatzung am deutschen Goldbestande vornehmen. Was wird die Folge davon sein? Unsere Valuta wird noch weiter sinken, und wir werden noch mehr Geld aufbringen müssen, mehr, als wir überhaupt besitzen.

Abg. Blunk (Dem.) erhob als Vertreter Schleswig-Holsteins lebhaften Einspruch gegen die Vergewaltigung der Deutschen Nordschleswigs und gegen die durch nichts gerechtfertigte willkürliche Abstimmung in Mittelschleswig.

Abg. Schultz-Bromberg (Dt. Vp.): Weder der Zahl der Bewohner nach, noch wirtschaftlich und kulturell ist der Regierungsbezirk Bromberg polnisches Land. Wir haben daher ein heiliges Recht auf dieses Land. Der Friedensvertrag ist für die Provinz Posen unerfüllbar und für alle Zeiten unannehmbar.

Abg. Dr. Stresemann (D. Vp.): Wird dieser Friedensvertrag nicht abgeändert, so wird er der größte Weltbetrug, den es je gegeben hat.

Abg. Haase (U. Soz.): Die Friedensbedingungen stehen in scharfem Widerspruch zu den Grundsätzen, die wir stets für den Frieden aufgestellt haben. Wir erheben daher schärfsten Protest. Wir verlangen, daß überall der Wille der Bevölkerung entscheidet. Das deutsche Volk muß jetzt die Verbrechen und Sünden seiner herrschenden Klassen büßen. Die Weltrevolution ist auf dem Marsche.

Frau Abg. Weber (Ztr.) erklärt im Namen des besetzten Gebiets: Eupen und Malmedy, die immer zum Deutschen Reiche gehört und wirtschaftlich und kulturell aufs engste mit Deutschland verbunden sind, dürfen nicht von Deutschland losgerissen werden.

Abg. Schäfer (Soz.): Das Saargebiet, das eine rein deutsche Bevölkerung hat, will die Entente ebenso von Deutschland reißen, wie das deutsche Oberschlesien. Hunderttausende von Arbeitern würden dadurch brotlos gemacht.

Abg. Graf Dohna (Dt. Vp.): Die Wilsonschen Punkte werden in der schlimmsten Weise verleugnet. Der Plan der Entente ist praktisch gar nicht durchführbar.

Abg. Dr. Quidde (Dem.): Wir internationalen Pazifisten haben mehr als irgendein anderer Veranlassung, mit der größten Schärfe gegen diese Friedensbedingungen aufzutreten. Wir müssen mit einer gewissen Hoffnungsfreudigkeit in die Verhandlungen hineingehen. Nur dann werden wir Erfolg dabei haben.

Präsident Fehrenbach stellte den machtvollen, geschlossenen Eindruck der Kundgebung der ganzen deutschen Volksvertretung gegen den Gewaltfrieden fest und bezeichnet ihn als ein Werk ödester Selbstsucht, von Haß und von Rache. Wir danken den Neutralen, die diesen Frieden verworfen haben. Aber wo bleiben die anderen einflußreichen Kreise in den fremden Ländern? Wo bleiben die Vertreter der Religion? Das friedliebende deutsche Volk hat an diesem Kriege keinen Anteil. Auch in Zukunft werden deutsche Frauen Kinder gebären, und diese Kinder werden die Sklavenketten zerbrechen. Für uns gilt auch heute das Wort: Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt. (Lebh. Beifall.)

Präsident Fehrenbach erhält die Ermächtigung, Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung selbständig festzusetzen. — Schluß nach 8 Uhr.

Ebert an das amerikanische Volk.

Das Banner der vierzehn Punkte.

Der Reichspräsident Ebert gewährte dem Berliner Vertreter der „Associated Preß" eine Unterredung, in der er im wesentlichen erklärte:

Die Kundgebung, die ich hiermit durch Sie an die amerikanische Oeffentlichkeit richte, bedeutet die moralische Kriegserklärung des neuen Deutschland an das ganze übriggebliebene System der alten internationalen Politik. Das deutsche Volk hat die Herrschaft der Gewalt und der Unwahrhaftigkeit bei sich zu Hause zertrümmert. Deutschland hat Waffen und Rüstung abgelegt. Desto stärker sittlich gerüstet tritt es heute gegen eine Welt von Feinden auf den Plan. Es pflanzt

das Banner mit den vierzehn Punkten

auf, das Wilson anscheinend im Stich gelassen hat. Das Ausbleiben eines sofortigen elementaren Ausbruches allgemeiner Empörung im ganzen deutschen Volke ist das charakteristischste Zeichen für die Wirkung, welche die Bekanntgabe der Friedensbedingungen ausgeübt hat. Alles war im Augenblick wie niedergeschmettert. In der ganzen Weltgeschichte wird man seit Rom und Karthago vergeblich nach Friedensbedingungen suchen, in denen der Wille zur völligen Vernichtung des Gegners so voll kalter Grausamkeit und raffiniert zum Ausdruck gebracht wurde.

Der Entwurf, den man uns vorgelegt hat, wirkt zugleich entsetzenerregend und abstoßend. Er bedeutet eine vollständige Negierung des vom Präsidenten Wilson aufgestellten Friedensprogramms der vierzehn Punkte, dieses Programms, auf dessen Verwirklichung wir vertraut haben und worauf uns nach der Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November 1918 ein Recht zusteht. Ich habe eine Schrift über Wilson und den Rechtsfrieden vor mir. Da ist in seiner Botschaft vom 22. Januar 1917 an den Senat das Wort von der Notwendigkeit eines „Friedens ohne Sieg". Der Präsident sagt:

„Der Sieger darf nicht seinem Besiegten seine Bedingungen aufzwingen. Sie würden in Erniedrigung, unter Zwang und unter unerträglichen Opfern angenommen werden. Sie würden einen Stachel, Rachsucht und Bitterkeit zurücklassen, so daß ein solcher Frieden nicht auf fester Grundlage, sondern nur wie auf Triebsand ruhen würde. Nur ein Friede zwischen Gleichen kann von Dauer sein."

Wo ist in dem Friedensentwurf, den Präsident Wilson mit unterschrieben hat, auch nur eine [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119190515-13/fragment/page=0001
DFG

all der großen Ideale, die er aufgestellt hat?

Noch will man gegen die kalten, harten Tatsachen an dem Glauben festhalten, der

in den Namen Wilson und Amerika

in den Begriffen Demokratie, Versöhnungsfrieden, Völkerbund seinen Ausdruck fand. Man will nicht glauben, daß alles nur ein Irrtum war, daß mit dem Vertrauen und der Hoffnung eines ganzen Volkes ein in der ganzen Weltgeschichte unerhörtes Spiel getrieben worden sei. Noch jetzt sagen Optimisten: „Das tut Wilson nicht, das kann er nicht tun." Er kann es nicht tun, wenn er weiß, um was es sich handelt. In dem Kulturkampf, dessen Schauplatz der deutsche Osten ist, können Amerika und sein Präsident nicht die Geschichte einer schaffenden staatlichen und wirtschaftlichen Arbeit von fünf Jahrhunderten rückgängig machen. Wenn man auf diese Weise die Geschichte rückwärts revidieren will, wo bleiben dann die Rechte der Amerikaner auf Amerika? Wir wollen zu Ehren Amerikas annehmen, daß nur eine vollkommene Unkenntnis der geschichtlichen, ethnographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Ostdeutschlands sie dazu veranlassen konnte, die polnischen imperialistischen Phantasien mit kritikloser Sentimentalität zu übernehmen.

Wir wünschen und hoffen noch immer, daß die junge deutsche Republik an die ältere Schwesterrepublik Amerika nicht vergebens appelliert habe. Stellt sich die amerikanische Demokratie wirklich auf den Standpunkt dieser Friedensbedingungen, so macht sie sich zum Genossen politischer Erpresser.

Proteste aus dem Reiche.

Fortgesetzt laufen aus allen Teilen des Reiches und aus allen Ständen zahlreiche Proteste gegen den Gewaltfrieden ein. So faßten in Aachen 10 000 schleswig-holsteinsche Männer und Frauen in einer öffentlichen Kundgebung eine Entschließung, in der sie geloben, an ihrem Vaterland festzuhalten. In Bremen fand in der Börse eine unter überaus zahlreicher Beteiligung aller Kreise veranstaltete Protestversammlung der Bremischen Kaufmannschaft gegen die Versailler Friedensbedingungen statt. Nach einem Referate des Präsidenten der Handelskammer, Sturm, wurde eine Resolution der Regierung übermittelt, in der um Ablehnung des Friedens, der Versklavung und der Rache und um den Vorschlag eines Friedens der Versöhnung gebeten wird.

Besonders zahlreich sind die Kundgebungen aus Westpreußen; sie auch nur im Auszug sämtlich wiedergeben zu wollen, wäre unmöglich. Sie alle sprechen von französischem „Chauvinismus und polnischem Imperialismus", diesen beiden Hauptfeinden jeder Verständigung, die unter allen Umständen in ihre Schranken zurückgewiesen werden müssen. Wir sind alle rein deutsch. „Ein deutscher Mann wird eher sterben, als unter fremden Joch verderben."

Volksabstimmung in den bedrohten Gebieten.

Die von der Entente der Abtretung geweihten deutschen Gebiete zeigen ihren unerschütterlichen Willen, am Vaterland festzuhalten, nicht allein in ausdrucksvollen Massenkundgebungen, sondern auch in nicht endenwollenden Telegrammen an die Reichsregierung, diese möge durch Herbeiführung einer Volksabstimmung der ganzen Welt zeigen, daß die bedrohten Volksgenossen trotz der Not, ja gerade wegen der Not des Reiches es vorziehen, im jetzigen Verbande zu bleiben. Es ist kaum zu bezweifeln, daß sich die Reichsregierung diesem Wunsche, den das ganze Volk teilen dürfte, nicht verschließen wird. Man kann daher wohl mit einer baldigen Entschließung der Reichsleitung in diesem Sinne rechnen.

Die Bedingungen für Oesterreich.

Der österreichische Friedensvertrag nähert sich seinem Abschluß. Die Klausel über die Verantwortlichkeiten ist mit dem deutschen Vertrag identisch, unterläßt aber jede Erwähnung des Kaisers. Die Klausel sieht die Einleitung von Verfahren gegen „militärische Verbrecher" vor einem internationalen Kriegsgericht vor. Wie verlautet, wird Südtirol obwohl es eine deutschsprechende Bevölkerung hat, in die italienische Grenze einbezogen, um Italien eine strategische Grenze zu geben, die ausreichenden Schutz gewährt.

*

Die deutsch-österreichische Friedensdelegation ist unter Führung des Staatskanzlers Dr. Renner von Wien abgereist. Am Bahnhof hatten sich sämtliche Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre, der Polizeipräsident, zahlreiche Abgeordnete und Mitglieder der fremden Missionen, darunter der französische Gesandte Allize eingefunden. Auf eine Ansprache des Redakteurs Dr. Rosenfeld, der den Staatskanzler im Namen der Wiener Presse begrüßte und die Hoffnung auf einen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen ausdrückte, erwiderte der Staatskanzler, er werde versuchen, das möglichste zu erreichen. Wir müssen aber, sagte er, bedenken, daß wir als unterlegener Staat nicht allzu große Hoffnungen hegen dürfen.

Preußische Landesversammlung.

Gegen den Gewaltfrieden.

Auf der Tagesordnung der am Dienstag abgehaltenen Sitzung der Preußischen Landesversammlung stand als erster Punkt die Besprechung der vom Ministerpräsidenten Hirsch am 8. Mai abgegebenen Erklärung über die Friedensbedingungen. Das Haus war stark besetzt, die Minister waren vollzählig erschienen und die Tribünen stark gefüllt.

Als erster Redner in der Debatte über den Friedensvertrag sprach der Mehrheitssozialist Gräf-Frankfurt. Das Wilsonprogramm sei schmählich im Stiche gelassen. Wenn wir gezwungen werden sollen, damit wir uns bessern, so darf man uns nicht totschlagen. Wenn wir ohne Verhandlung einfach unterschreiben sollen, so hätte man ein billigeres Verfahren gewählt, wenn man einen Dienstmann nach Versailles geschickt hätte, um den Vertragsentwurf abzuholen. Redner bekämpfte danach die Höhe der Kriegsentschädigung und die schweren wirtschaftlichen Bedingungen.

Vorläufige Vertagung der Nationalversammlung.

Mit der Kundgebung gegen den Gewaltfrieden ist die erste Tagung der Nationalversammlung in Berlin beendet. Das Haus hat dem Präsidenten die Ermächtigung erteilt, Tag und Ort der nächsten Tagung zu bestimmen. Die Abgeordneten verlassen zum Teil schon heute Berlin und werden sich in ihre Wahlkreise begeben, um dort in öffentlichen Versammlungen Fühlung mit ihren Wählern zu nehmen und sie über die Tragweite der feindlichen Friedensbedingungen aufzuklären.

Die Mitglieder des Friedensausschusses dürften aber bald wieder nach Berlin zurückkehren, da der Ausschuß wahrscheinlich Anfang nächster Woche zusammentreten wird. Die Nationalversammlung selbst dürfte noch eine oder zwei Sitzungen in Berlin abhalten und dann wieder nach Weimar zur Fortsetzung des Verfassungswerkes und zur Beratung des Etats, sozialpolitischer Vorlagen und der Steuergesetze übersiedeln.

° Die Friedensdelegierten Reichsminister Giesberts und Landsberg und 15 andere Mitglieder der Delegation sind Montag abend von Versailles nach Berlin zurückgereist.

+ **Die neue Regierung Elsaß-Lothringens.** Dem „Matin" zufolge wird der Oberste Rat für Elsaß-Lothringen aus 32 Mitgliedern bestehen. Den Vorsitz führt der zum Gouverneur ernannte frühere Minister Millerand, den stellvertretenden Vorsitz der Deputierte Louis Barthou, früher Ministerpräsident; Mitglieder sind 10 Pariser Höhere Beamte und Universitätsprofessoren, unter ihnen Albert Thomas, im übrigen eine Anzahl Elsaß-Lothringer, darunter Blumenthal, Wetterle, der Bürgermeister von Straßburg, Peirotes, und der Bürgermeister von Metz, Prevel. Auf Anordnung Millerands ist mit der Aufstellung der Wählerliste für Elsaß-Lothringen begonnen worden.

+ **Deutsch-Oesterreich bleibt fest.** In allen Städten Deutsch-Oesterreichs fanden Kundgebungen für den Anschluß an Deutschland statt. In Wien erschien eine Gruppe Versammlungsteilnehmer vor der Staatskanzlei, wo sich eine Abordnung zum Staatskanzler Renner begab, um ihm die Entschließung der nationalen Parteien zu überreichen. Vor dem Gebäude sang eine gewaltige Menge nationale Lieder und verlangte stürmisch das Erscheinen des Staatskanzlers. Dieser hielt eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Wir sind heute in einem Zustand tiefster Erniedrigung. Aber so wahr es einen westfälischen Frieden gegeben hat und dieser zerrissen wurde, so wird dieser Friede nicht das letzte Wort der Geschichte sein. Das Selbstbestimmungsrecht ist unverjährbar, und wir werden uns das ewige Recht wieder holen, und sei es von den Sternen.

* * *

+ Haag. Aus Basel treffen hier Nachrichten ein, daß die in Ungarn vorrückenden rumänischen Truppen mit den Tschecho-Slowaken Kontakt gefunden haben und daß nunmehr die Feststellung einer neuen Demarkationslinie erwogen wird.

+ Haag. Das „Niederländische Korrespondenzbureau" stellt fest, daß viele holländische Schiffe noch in den holländischen Häfen still liegen, weil die schwarzen Listen in Wirklichkeit noch nicht aufgehoben worden sind.

Neutrale über den Gewaltfrieden.

Christiania, 13. Mai. Immer einheitlicher in der Ablehnung wird die Stellungnahme der norwegischen Presse gegenüber den Friedensbedingungen. „Verdens Gang" schreibt in einem Leitartikel, der Pariser Friedensentwurf übertreffe an Unversöhnlichkeit und Machtmißbrauch die schlimmsten Befürchtungen. Punkt für Punkt läßt sich nachweisen, daß der Entwurf von den Wilsonschen Punkten wesentlich abweicht. Neben den territorialen Forderungen seien insbesondere die ökonomischen Bedingungen derart unerhört und wucherisch, daß jeder, der noch Sinn für Zahlen und Werte habe, sie als völlig unerfüllbar bezeichnen müsse. In den neutralen Ländern werde der Entwurf einstimmig verurteilt denn er müsse die Hoffnung auf Errettung der Welt aus dem gegenwärtigen Zusammenbruch zunichte machen. Die einzige Hoffnung sei, daß die deutsche Demokratie diesen neuen Anschlag ihrer westlichen demokratischen Brüder überleben werde. Dies sei aber nur möglich, wenn die Opposition gegen den Friedesvertrag in den alliierten Ländern reinen Tisch mache, sobald der Vertrag unterschrieben sei, damit andere Männer ihn durchführen könnten, als die, die ihn erdacht. Die Männer, die den Krieg gewannen, haben jedenfalls den Frieden nicht gewollt. Deshalb müßten sie fort. Die Zeitung „Nationale" spottet über Wilsons Rede am 9. Mai zum Preise des Sieges, von Recht und Gerechtigkeit und meint, Wilsons Anregungen müßten, milde gesagt, recht sonderbar anmuten, unmittelbar nach der Veröffentlichung der harten Friedesbedingungen, in denen man nichts von versöhnlichem Geiste merke, und bei denen es mit der Gerechtigkeit übel bestellt sei. In „Aftonposten" bezeichnet der norwegische Museumsdirektor Grosch die Bedingung des Friedensvertrages über die Auslieferung von in deutschem Besitz befindlichen Kunstwerken belgischer Herkunft „schlecht und recht als Raub und rücksichtslosen Mißbrauch, gegen den die gesamte zivilisierte Welt einstimmig protestieren müsse". Grosch weist nach daß es sich nicht, wie der Wortlaut der Bestimmung bei vielen glauben mache müsse, um während des Krieges von den Deutschen geraubte Kunstwerke handle, sondern um vor vielen Jahrzehnten von preußischem Staate bezw. dem König Ludwig I. von Bayern rechtmäßig erworbenes Eigentum. Der Verfasser schließt mit schweren Angriffen gegen die Italiener wegen eines ähnlichen in Wien bereits durchgeführten Bilderraubes.

Der Raub unserer Milchkühe.

Die schon am Sonnabend mitgeteilte ungeheuerliche Nachricht von dem beabsichtigten Raube unseres Viehbestandes ist bei der Fülle niederträchtigster feindlicher „Friedensbedingungen" nicht überall in ihrer ganzen Grausamkeit bewertet worden. Nach der halbamtlichen Pariser Nachricht fordert Frankreich und Belgien zusammen unter den hohen Protektorat des Menschenfreundes Wilson vom Deutschen Reiche: 706 Zuchthengste, 40 000 Stuten, 4000 Stiere, 140 000 Milchkühe, 40 000 Jungrinder, 120 000 Schafe, 15 000 Mutterschweine, 1200 Böcke und 10 000 Ziegen. Wahr und wahrhaftig: Das fordern Franzosen und Belgier! Das fordern die edlen Demokraten Wilson, Lloyd George, Clemenceau und Orlando von dem Volke, das sie durch die verbrecherische, fluchwürdige Blockade an den Rand des Hungertodes gebracht haben. Das Diktat der Alliierten ist nicht nur brutal, es ist auch verhöhnend. Oder ist es kein Hohn, von dem hungernden deutschen Volke, das sein letztes Gold hingibt, um von der Entente Lebensmittel zu erhalten — der Schimpf, bei denen um Brot zu betteln, die uns alles mit verächtlicher Geste zuwerfen und im Begriff stehen, die Sklavenkette um unsren Hals zu schlingen, wird schon gar nicht mehr empfunden — 370 900 Stück Vieh zu verlangen?! Die deutschen Kinder sterben, weil wir ihnen keine Milch reichen können — und Wilson und seine Helfershelfer versuchen 140 000 Milchkühe zu erpressen!

Die Internationale und der Friedensvertrag.

Versailles, 13. Mai. Der internationale sozialistische Ausschuß beschloß in der gestrigen Sitzung dem Viererrat eine eingehende Darstellung seines Standpunktes über den Friedensvertrag zu unterbreiten. Der Ausschuß in Paris stellt in einer Erklärung fest, daß die Weigerung Deutschland und Rußland in die Gesellschaft der Nationen sofort aufzunehmen schnellmöglichst berichtigt werden müsse, damit die Liga einen Krieg wirksam verhindern könne.

Die Internationale verlangt von den Alliierten die Erklärung, daß sie ihre militärische Politik aufgeben und ihre Rüstungen zu Wasser und zu Lande sofort einschränken werde. Die Teilung des deutschen Staates in zwei getrennte Teile werde eine Quelle von Streitigkeiten und Unbehagen bleiben. Die Bedingungen betreffend das Saarbeckens bestätigen den Verdacht, daß die Zerstückelung Deutschlands beabsichtigt werde.

Keine Maßnahmen gegen Petersburg.

London, 13. Mai. (Unterhaus) In Erwiderung auf eine Anfrage erklärte Bonar Law, die Stockholmer Meldung, daß die Entente Operationen zu Wasser und zu Lande gegen Petersburg vorbereite, sei unrichtig.

Berlin, 18. Mai. Wie W. T. B. von zuständiger Stelle erfährt, ist die Nachricht, die Transporte der Haller-schen Armee durch Deutschland seien eingestellt, unrichtig. Auch ein Umleiten der Transporte findet nicht statt. Vielmehr dauern die Transporte unverändert an.

Königsberg, 13. Mai. Die einmächtige flammende Entrüstung „Lieber sterben als Sklave werden", und die eiserne Entschiedenheit, mit der Waffe in der Hand jedem Eindringling entgegenzutreten, „das ist der Grundzug einer Flut von Telegrammen und schriftlichen Protesten, die dem Ostpreußischen Heimatdienst aus allen Teilen der Provinz, besonders aus den Grenzteilen, zugehen. Die restlose Geschlossenheit aller ohne Unterschied des Glaubens, der Partei und des Standes tritt besonders in Erscheinung.

Haag, 11. Mai. Das Korrespondenz-Büro erfährt, daß der Bericht der nationalen „News", nach dem der deutsche Kaiser ausgeliefert werden soll, vollkommen aus der Luft gegriffen ist. Die holländische Regierung hat allein aus den Zeitungen vernommen, daß der Kaiser ausgeliefert werden soll, hat jedoch keinen offiziellen Bericht empfangen. Es ist jetzt nur eine Frage zwischen der Entente und der deutschen Regierung.

Provinz und Nachbarstaaten.

Teuchern, den 14. Mai.

— **Keine Stammrolle mehr.** Das Kriegsministerium hat im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern bestimmt, daß die Anmeldungen der in das wehrpflichtige Alter tretenden Personen zur Stammrolle in Fortfall kommen.

— **Bauernregeln vom Maiwetter.** Ueber den April und seine naßkalte Witterung hat sich wohl ein jeder gründlich geärgert — nur der Bauer nicht, denn: Trockner April — ist nicht des Bauern Will', an Aprilregen — ist ihm gelegen. Selbst im Mai ist er nicht ungehalten, wenn der Segen von oben kommt, da ein nasser Mai einen trocknen Juni verheißt und den trocknen Juni braucht man für die Heuernte. „Lassen die Frösche sich hören mit Knarren — wirst du nicht lange auf Regen harren", sage ein anderer Spruch. Amßliebsten sind dem Bauern freilich Gewitterregen, da gedeiht alles nochmal so prächtig. „Viel Gewitter im Mai — schreit der Bauer juhei." Auch die Maikäfer sind ihm keine zu sehr unerwünschten Gäste, wenn sie auch Laub und Blüten tüchtig zerfressen, denn: „Maikäferjahr — gute Ernte fürwahr.

— „Beschränkungen im Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr mit Niederbayern sind aufgehoben."

— Der Kaufmann Franz Gandigs Grüner Weg, hier, stürzte beim Ausputzen vom Bäumen von der Leiter und brach das Genick. Da ärztliche Hilfe nicht möglich war, verstarb der Bedauernswerte nach einigen Stunden.

Halle a. S. 13. Mai. Ein furchtbares Hagelwetter ging gestern vormittag über Halle und Umgebung nieder. Die ausgezeichnet stehende Obstblüte ist durch den Hagel zum Teil vernichtet worden.

Eisenach, 12. Mai. Bei dem gestern gemeldeten Sturm auf das Landgerichtsgebäude wurden von jugendlichen Aufrührern eine Menge wichtiger Strafprozeßakten vernichtet. 14 Gefangene, darunter einige Einbrecher, sind befreit worden. Die Beamtendienstzimmer sind verwüstet worden, vorgefundene Gelder und Kleidungsstücke wurden gestohlen. Zu gleicher Zeit, also am hellen Tage, erschien vor dem Rittergutsbesitzer v. Boyneburg in Stedtfeld eine Räuberbande, die in der vorherigen Nacht das Vieh gestohlen hatte und verlangte das Nichtanhängigmachen der Strafsat. Als v. B. sich weigerte, wurde die Licht- und Kraftquelle und die Fernsprechleitung des Rittergutes und des Dorfes zerstört und mit weiteren Raubzügen gedroht.

Jena, 12. Mai. In der hiesigen Klinik starb der verheiratete Arbeiter Hermann Bäumen von der vergangenen Nacht mit einer schweren Schußwunde hier eingeliefert worden war. Hillmer, der seit 1887 in Jena wohnte, ist dabei ertappt worden, als er in Döbritschen mit mehreren anderen Dieben aus einer Miete Kartoffeln stehlen wollte. Dabei erhielt er von der Wache den tödlichen Schuß.

Leipzig, 13. Mai. Auch die zweite Nacht unter dem Belagerungszustande ist ruhig verlaufen. Für Mittwoch ist

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119190515-13/fragment/page=0002

eine Verlängerung der Polizeistunde in Aussicht genommen. Wegen zahlreicher, in letzter Zeit vorgekommener Plünderungen sind heute Panzerzüge in den Hauptbahnhof und in die verschiedenen anderen Bahnhöfe Leipzigs eingefahren. Am Donnerstag vormittag wird auf dem Augustusplatz eine Truppenschau stattfinden. Die Streiklage ist im allgemeinen günstig. In den städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken sind die Arbeiter zur Nachmittagsschicht fast vollzählig zur Arbeit erschienen. Dagegen wird in einzelnen Werken der Metallindustrie und verschiedenen anderen privaten Fabrikbetrieben noch gestreikt. Im großen und ganzen ist der Streik im Abflauen begriffen.

Vermischtes.

* **700 000 gestohlene Lei wiedergefunden.** Bei der Reichsbank in Bochum erschienen drei Personen, welche 700 000 Lei rumänisches Gold zum Wechseln vorlegten. Wie festgestellt wurde, handelt es sich um einen Teil der seinerzeit in Berlin gestohlenen zwei Millionen Lei rumänischen Goldes. Die drei Personen wurden verhaftet. — Bei dem Diebstahl in Spandau waren rumänische Banknoten in Höhe von 30 Millionen verschwunden. Nach der vorliegenden Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros ist nicht ersichtlich, ob es sich bei den 700 000 Lei um Beute aus dem großen Diebstahl handelt.

Berlin, 12. Mai. Nach der „B. Z. a. M." entgleiste der Frühzug der Kleinbahn von Soltau nach Lüneburg gestern morgen in der Nähe von Maibeck, 14 Kilometer von Lüneburg. Der ganze Zug stürzte den Bahndamm hinunter. Aus den zum größten Teil völlig zertrümmerten Wagen wurden neun Tote und elf Schwerverletzte geborgen. Das Unglück wird auf eine Verbiegung der Schienen unter dem Einflusse der plötzlichen Hitze zurückgeführt.

Die graue Frau

Roman von A. Hottner-Grefe.

9. Kapitel. Freunde.

In all diesen Tagen des Leides und der Aufregung hatten wenige Menschen ihre Treue und Anhänglichkeit dem Hause Gerhard gegenüber so aufrichtig bewiesen, als Klara Helfert, jenes Mädchen, welches Herr Anselm noch einige Stunden vor seinem Tode als eine überaus passende Partie für seinen Sohn Dagobert im Sinn gehabt hatte. Klara war immer ein sehr stilles, bescheidenes Mitglied des jungen Kreises gewesen. Man fühlte es heraus, daß sie eigentlich nicht so ganz da hineinpaßte. Dies machte nicht allein der Altersunterschied — Klara Helfert war 26 Jahre — sondern auch die verantwortliche und arbeitsreiche Stellung, die sie seit mehr als drei Jahren, seit dem Tode ihres Vaters, als Chef eines so großen Handlungshauses einnahm. Als das Gesicht dem alten Helfert den heranwachsenden Sohn vor Jahren raubte, war Klara, als das einzige überlebende Kind, wie selbstverständlich an die Stelle des Bruders getreten. Sie hatte gelernt wie ein Mann, um sich in die Verhältnisse zurechtfinden zu können und dank ihrem Fleiße und ihrer Energie wußte sie in ziemlich kurzer Zeit ebenso gut Bescheid in den großen Glaswerken, welche die Firma in Böhmen besaß, wie in Wien in den Geschäftsräumen. Sie war von früh bis spät tätig, von unerschütterlicher Gesundheit und von einer Feinheit, einem Takt des Benehmens, daß sie sich stets in ihrer oft schwierigen Stellung behaupten konnte. Sie dachte nicht daran, daß sie älter wurde, denn eigentlich hatte sie sich niemals jung gefühlt. Ihr Leben war Arbeit, Sorge für ihre Untergebenen; mehr schien sie zum glücklich sein nicht zu brauchen.

Glücklich?

Das Wort ging Klara Helfert heute schon mehrmals durch den Kopf. Unwillig strich sie mit der etwas großen, aber gut geformten Hand über die schöne Klara Stirn. Dann stand sie, da es eben sechs Uhr läutete, von ihrem Schreibtisch auf, schob die Papiere auf demselben zusammen und trat vor den kleinen Spiegel, welcher in der Ecke des Kontors halb verborgen angebracht war. Einige Sekunden lang stand sie vor dem blitzenden Glas und betrachtete scharf prüfend das Bild, welches ihr entgegensah. Klara Helfert hatte sich niemals einer eitlen Täuschung über ihr Äußeres hingegeben; sie war auch in dieser Hinsicht nicht ganz „frauenhaft". Sie wußte genau, daß sie keine regelmäßigen Züge besaß und daß ihr jener eigenartige Reiz fehlte, den man als „echt weiblich" bezeichnet. In ihrer großen Bescheidenheit sah sie kaum, daß ihre ernsten grauen Augen wahrhaft schön waren, daß ihr reiches dunkles Haar einen Schmuck bildete, um den sie viele beneideten und daß ihre große, sehr ebenmäßige Figur ihre Erscheinung zu dem machte, was man „elegant" nennt. Sie sah nur die Mängel an sich. Aber da ihre Arbeit sie befriedigte und ihr Leben reichlich ausfüllte, hatte sie kaum je diese Mängel bitter empfunden. Nur wenn sie neben Dagobert Gerhard stand, überkam sie manchesmal ein leises Bedauern. Für ihn wäre sie gerne schön und jugendlich gewesen. Für ihn hätte sie überhaupt alles gewünscht, alles gegeben — für ihn. —

Die stillen Augen des Mädchens flimmerten jetzt förmlich; ein Strahl tiefster Zärtlichkeit und heißester Leidenschaft blitzte in ihnen auf, für eine Minute lang dieses ganze ruhige Antlitz erhellend. Er war so seit jeher das Licht, die Freude in ihrem Leben! Sie hing an ihm mit all der Liebe eines reinen Frauenherzens, das nicht fragt: „Liebst du mich wieder?" sondern das selig ist auch bei den kargen Brosamen einer Jugendfreundschaft. Und trotzdem hatte Klara Helfert seit einigen Wochen eine sehr leise Hoffnung genährt. Eine Hoffnung, die süß war und herb zugleich. Der alte Herr Anselm Gerhard hatte damals stillschweigend allerhand Beobachtungen gemacht, die ihm wohl vorzüglich in seine Pläne taugten. Er war ein scharfer Menschenkenner und sah, was niemand sonst merkte: das freudige Aufflammen in Klaras Augen, wenn Dagobert sich ihr näherte, die feine Röte, welche in ihre blassen Wangen stieg, sobald er mit ihr sprach. Und einmal, einige Tage vor seinem tragischen Ende, war der Chef der Firma Gerhard selbst gekommen, um in kühl geschäftsmäßigem Tone mit dem „Chef der Firma Helfert" zu verhandeln. Herr Anselm verstand wenig von Liebessachen und diplomatische Feinheiten lagen ihm fern. Aber ein Instinkt, der Instinkt des gebildeten, welterfahrenen Mannes, hinderte ihn, von Nelly Wille zu sprechen. Er deutete bloß an, daß Dagobert in einer engen Klemme stecke, sprach dann offen seine Besorgnisse über die Zukunft des jungen Mannes aus, und dann, da sie schweigend vor ihm saß, fragte er sie, ob sie glaube, daß eine verständige, zielbewußte Frau diese schwankende Existenz in die rechten Bahnen lenken könne.

Sie hatte damals kaum sprechen können vor innerer Erregung. Aber Herr Anselm Gerhard hatte doch befriedigt den Rückzug angetreten. Und der „Chef Helfert" hatte in jener Stunde die Kontortür verriegelt und niemanden vorgelassen „wegen dringender Geschäfte". Was hätten wohl die Leute gesagt, wenn sie die Herrin gesehen hätten, die untätig, mit roten Wangen und erregten Bewegungen auf und ab schritt in dem kleinen Raum.

Fortsetzung folgt.

Oeffentl. Stadtverordneten-Sitzung in Teuchern am 11. Mai 1919.

Anwesend waren 23 Stadtverordnete und sämtliche Magistratsmitglieder. Von den Landgemeinde-Vertretern für den Friedhofs-Verband Lokomotivführer a. D. Müller in Kuhndorf.

1. Die Versammlung stimmte der Amtsniederlegung des Stadtverordneten Reinhold Hoffmann zu.

2. Der Stadtverordnete Albin Hautbenreißer wurde von dem Bürgermeister Zimmermann durch Handschlag verpflichtet und in sein Amt eingeführt.

3. Die Haushaltsanschläge für das Rechnungsjahr 1919 wurden nach Durchberatung festgestellt,

a) der Friedhofskasse in Höhe von 2006 Mk.
b) des Wegezweckverbandes in Höhe von 17993 „
c) der Krankenhausverwaltung in Höhe von 8400 „
d) der Schulkasse in Höhe von 116000 „
e) der Armenkasse in Höhe von 33800 „
f) der Kämmereikasse in Höhe von 16700 „

Steuerzuschläge 350 Proz. wie im Vorjahre.

Hierbei wurde von dem Bürgermeister Zimmermann bekannt gegeben, daß im Jahre 1914—1918 folgende Unterstützungen für die Familien der Kriegsteilnehmer aus Teuchern gezahlt sind:

1) 806 713,88 Mk. staatliche Kriegsfamilienunterstützung.
2) 57 252,— Mk. Zusatzunterstützungen der Stadt.
3) 10 021,48 Mk. Aufwendungen der Stadt für Wohlfahrtspflege.
4) 12 775,— Mk. Zusatzunterstützung des Kreises.
5) 13 517,45 Mk. Beihilfen des Kreises.
6) 69 637,25 Mk. Mietsbeihilfen des Kreises.

Diese Unterstützungen sind der Stadt bis auf einige Hundert Mark vom Staate und vom Kreise erstattet worden.

Der Umsatz der Sparkasse betrug im Kalenderjahr 1913 469 457,71 Mk. als Einnahme 456 593,73 Mk. in Ausgabe
1918 1 481 410,48 Mk. als Einnahme 1 456 759,71 Mk. in Ausgabe.

Der Umsatz der Kämmereikasse betrug in den Etatsjahren
1913 393 382,35 Mk. Einn. bzw 382 858,54 Mk. Ausgabe
1918 1 069 150,50 Mk. Einnahme 1 102 253,87 Mk. Ausgabe

Aus der Mitte der Versammlung wurde eine Erhöhung der Gehälter der städtischen Beamten angeregt, weil diese Gehälter zu gering seien. Der Magistrat erkannte das an und versprach in eine vorläufige Neuregelung der Gehälter in diesem Jahre eintre en zu wollen, soweit diese Gehälter bereits in Friedenszeiten als zu niedrig erschienen. Der Stadtverordnete Laue stellt den Antrag das Gesuch der Beamtenvereinigung Teuchern um Versetzung der Stadt bezüglich der Mietsentschädigung in eine höhere Ortsklasse, an den Provinzialrat zu unterstützen, weil die jetzt gezahlten Mietsentschädigungen unzulänglich sind. Der Magistrat und die Stadtverordneten erkennen die Notwendigkeit der Versetzung der Stadt Teuchern in eine höhere Ortsklasse bezüglich der Mietsentschädigung an. Ferner erkannte der Magistrat und die Versammlung die Notwendigkeit an, die Stadt bezüglich der Kriegsteuerungszulagen, aus der Klasse der nicht teuren, nach der der teuren Orte zu versetzen.

Ferner wurde beschlossen, daß die Kriegsrenten auf die Dienstbezüge der städtischen Beamten und Angestellten nicht angerechnet werden sollen.

Das Obst in den städtischen Plantagen soll nicht verpachtet, sondern in Lohn abgeerntet werden. Das Obst soll in einer noch zu bestimmenden Verkaufsstelle an die hiesigen Einwohner zu ermäßigten Preisen zugeführt werden.

Die gesamten aufgenommenen Anleihen der Stadtgemeinde betrugen 165 917,96 Mk. Es sollen aus laufenden Mitteln 917,96 Mk. abgezahlt werden. Der Rest der Anleihen soll in eine Anleihe umgewandelt werden. Diese Anleihe von 165 000 Mk. wird vom 1. April 1919 ab mit 4 vom Hundert zu zinst und mit 2 vom Hundert jährlich getilgt.

3. Der Schreiber Ludwig Gebhardt hat das Amt des Beigeordneten nicht angenommen. An dessen Stelle wurde der Roßschlächter Otto Hinniger gewählt.

4. Die Zahl der Mitglieder der Schuldeputation wird von 2 auf 3 erhöht. In die Schuldeputation wurden die Stadtverordneten Laue, Scharfenberg und Hautbenreißer gewählt.

5. In die Gesundheitskommission wurde an Stelle des Sanitätsrats Dr. Jacob der Stadtverordnete Walther gewählt. Herr Sanitätsrat Dr. Jacob hat sich aber bereit erklärt, seine Kräfte dem Gemeinwohl zur Verfügung zu stellen, sobald dies gewünscht wird.

6. Auf Anordnung des Kreisausschusses soll in Teuchern ein Gemeindewohnungsamt errichtet werden. Zu Mitgliedern für dieses Amt wurden die Stadtverordneten Schwarze, Hinniges, Preuser und Dostlaben bestimmt.

Es ist ein Mietseinigungsamt für die Stadt Teuchern auf Grund der Verordnungen vom 23. Sept. 18 und 7. März 1919 einzurichten. Im Anschluß daran soll die Frage erwogen werden, ob das Mietseinigungsamt nicht für den ganzen Amtsgerichtsbezirk Geltung haben kann.

7. Die Sache wegen Bindeung des Wohnhauses auf dem ehemaligen Brauereigrundstücke wurde an die Baukommission zur Prüfung überwiesen.

8. Der Schulgarten in der Gartenstraße soll in diesem Jahre nicht eingefriedigt werden.

9 Der Antrag des Haus- und Grundbesitzervereins um Pflasterung des Baches hinter den Grundstücken Dammstraße Nr. 5, 6, 7 und 8 wurde abgelehnt.

10. Die Bedingungen für die am 1. Nov. 19 pachtfrei werdenden Acker- und Wiesenparzellen wurden genehmigt.

11. Auf Antrag der Stadtverordneten Döring und Genossen wurde beschlossen, daß den betr. Mitgliedern der durch Teilnahme an den Magistrats-, Stadtverordneten- und Kommissions-Sitzungen entgangene Arbeitsverdienst aus der Kämmereikasse zu zahlen ist.

Bekanntmachung

Für den Standesamtsbezirk Kistritz ist an Stelle des Gutsbesitzers Otto Köhler in Kistritz der Gemeindevorsteher und Dampfmolkereibesitzer Max Kayser daselbst zum Stellvertreter des Standesbeamten bestellt worden.

Merseburg, den 17. April 1919.

Der Regierungs-Präsident.

Die für die Zeit von 14. April 1919 bis 11. Mai 1919 ausgegebenen gelben Brotmarken mit rot aufgedruckten D. verlieren am 15. Mai 1919 ihre Gültigkeit. Nach diesem Tage dürfen die Bäcker und Mehlhändler diese Brotmarken nicht mehr annehmen.

Die Bäcker und Mehlhändler haben diese Marken bis spätestens Donnerstag, den 22. Mai 1919 bei der Getreide- und Mehlstelle abzuliefern. Nach diesem Tage wird für diese Marken kein Mehl mehr geliefert.

Weißenfels, den 10. Mai 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses
J. V. v. Preuschen, Regierungsassessor.

Fleischverteilungsmenge Landkreis Weißenfels.

In den Wochen vom 12. bis 18. 5 1919 und 19. bis 25. 5. 1919 darf auf die Fleischmarke

80 g Fleisch mit Knochen oder Wurst oder 65 g Gehacktes

abgegeben werden.

Es haben nur Reichsfleischmarken für die Woche vom 12. bis 18. 5. 1919 und 19. 5. — 25. 5. 1919 (Wochenabschnitt 2 und 3) Gültigkeit.

Außerdem wird in dieser Woche auf die Fleischfettmarke Nr. 2

250 g amerikanischer Speck

verabfolgt und zwar auf einmal für die beiden obengenannten Wochen (je 125 g).

Der Preis für den Speck beträgt 5,50 Mk. für das Pfund. Um den Speck an die Bevölkerung zu vorstehenden Preise abgeben zu können, übernimmt der Kreis einen erheblichen Teil der Ueberteuerungskosten auf Kreismittel.

Zum Bezuge von Fleischfettmarken sind nur die diejenigen Personen berechtigt, die Fleischmarken empfangen. Haushaltungen, in denen Milchkühe gehalten werden, haben keinen Anspruch auf Fleischfettmarken. Fleisch- und Fettselbstversorger sowie Personen, die sich nur vorübergehend im hiesigen Kreise aufhalten, sind von der Speckverteilung ausgeschlossen.

Weißenfels, den 12. Mai 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
v. Preuschen, Regierungsassessor.

Bei der Ländlichen Spar- und Darlehnskasse Krauschwitz, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Krauschwitz (Bezirk Halle a. d. S.) ist in das Genossenschaftsregister eingetragen: Louis Schwager ist aus dem Vorstande ausgeschieden und an seine Stelle Kurt Schwager in Krauschwitz getreten.

Teuchern, den 9. Mai 1919.

Amtsgericht.

Guter Ton u. feine Sitte

Geschenkwert M. 5,50. **Die Kunst des Gefallens** 6,40. **Mod. Weg z. Ehe** 3,20. **Bekämpfung d. Schüchternheit** 3,35. **Die Gabe d. gewandt. Unterhaltung** 3,20. **Liebesbriefsteller** 3,20. **Tanzlehrbuch** 3,35. **Klavierschule** 7,40. **Violinschule** 6,50. **Traumbuch** 2,65. **Private und Geschäftsbriefsteller** 5,50. **1000 chem. techn. Rezepte zu Handelsartikeln** 5,50 **Nachnahme.**

L. Schwarz & Co.,
Verlag, Berlin S. 14. Annenstr. 24.

Leinen-Schürzen

gr. Wirtschaftsschürze mit Latz u. Trägern u. Tasche Mk. 37. — 3 Stück. Mk. 107.— Dieselbe ohne Latz u. Träger Mk. 31. — 3. St. Mk. 90. — **Küchenschürze** blau Zellstoff Mk. 5,80, 3 St. Mk. 16,50 **Frauenwirtschaftsschürze** blau feiner Zellstoff, elegant Mk. 9,50 3 St. Mk. 27,50 **Damenhausschürze** farbig bedr. Zellstoff mit reichem Besatz sehr elegant Mk. 13. —, 3 Stück Mk. 37,50 **Männerschürze** Mk. 6,25, 3 Stück Mk. 18. —.

August Zeitig, Dessau C. 124

Achtung.

Hufbeschlag-Schmiede

bei guter Verpflegung, Bekleidung sowie 160 Mk. monatl. Gehalt werden noch eingestellt. Beförderung nicht ausgeschlossen.

Näheres Schortauerstr. 5.

Harnisch,
Offz. Stellv. u. Oberfahnenschmied.

Bekanntmachung über die Anzeige- und Meldepflicht für die Anbau- und Ernteflächenerhebung 1919.

Es ist Pflicht eines jeden Grundbesitzers und Inhabers eines landwirtschaftlichen Betriebes, dazu beizutragen, daß auch die diesjährige Anbau- und Ernteflächenerhebung ein richtiges und vollständiges Ergebnis hat. Grundbesitzer und Betriebsinhaber, die diese Pflicht versäumen, machen sich strafbar und laufen Gefahr, später zu größeren Ablieferungen herangezogen zu werden, als der von ihnen bebauten Fläche entspricht.

Auf Grund des § 7, Abs. 1 und 9 der Verordnung des Herrn Reichsernährungsministers vom 2. März 1919 (Reichs-Gesetzbl. Nr. 53 S. 269) wird daher bestimmt:

1. **Jeder der Land verpachtet** oder sonst zur entgeltlichen oder unentgeltlichen Nutznießung (als Dienstland, Deputatland, Altenteil u. dgl.) abgegeben hat, ist verpflichtet, **binn n 14 Tagen** dem Vorstand der Gemeinde (oder des Gutsbezirks), in welcher das Grundstück belegen ist, schriftlich oder zu Protokoll anzugeben:
   a) die Namen seiner Pächter (Nutznießer usw.),
   b) die Größe der einem jeden derselben verpachteten oder zur Nutznießung abgegebenen Fläche.

   Wer eine **zusammenhängende Fläche in kleinen Parzellen** an verschiedene Personen zur gartenmäßigen Nutzung für ihren eigenen Haushalt (Schrebergärten, Laubenkolonien u. dgl.) verpachtet hat, braucht die einzelnen Namen der Pächter nicht anzugeben. Es genügt in diesem Falle die Angabe der Gesamtfläche des so abgegebenen Landes und der Zahl der Pächter. Das gleiche gilt für Parzellenland, das von Gutsbesitzern und -pächtern an Deputanten, Instleute usw. als Teil des Lohnes abgegeben ist, sofern das Gut einen selbständigen Gutsbezirk bildet und das abgegebene Land innerhalb dieses Gutsbezirks liegt. Ueber die Zulässigkeit dieser summarischen Angabe entscheidet im Zweifel der Gemeinde- (Guts-) Vorstand.

2. **Jeder Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebes** hat in der Zeit vom 5. bis 31. Mai einen Fragebogen über die Nutzung seines Landes, insbesondere über den Anbau von Feldfrüchten, entweder selbst genau und gewissenhaft auszufüllen, oder die darin geforderten Angaben dem Gemeindevorsteher bezw. einen von ihm Beauftragten (Zähler), oder auf einer zu diesem Zweck einberufenen Gemeindeversammlung zu machen. Welch e Verzeichnisse anzuwenden ist, bestimmt der Gemeinde- (Guts-) Vorstand. Betriebsinhaber, die landwirtschaftliche Betriebe oder Flächen in fremden Gemeinden bewirtschaften, haben für diese Betriebe oder Flächen — und zwar für jede einzelne Gemeinde, in der sie liegen, — ebenfalls Fragebogen auszufüllen.

3. Alle Grundstückseigentümer, Bewirtschafter und ihre Stellvertreter sind nach § 7 Abs. 2 der Verordnung des Herrn Reichsernährungsministers verpflichtet, dem Gemeinde-(Guts-)Vorstand oder anderen, mit der Erhebung beauftragten Personen zu gestatten, daß sie zur Ermittelung richtiger Angaben über die Ernteflächen ihre Grundstücke betreten und Messungen vornehmen. Auch haben sie diesen Personen auf Verlangen Einsicht in ihre Geschäftsbücher, Flurkarten und sonstigen Unterlagen zu gewähren.

4. Wer vorsätzlich die Angaben, zu denen er auf Grund der Verordnung des Reichsernährungsministers und dieser Bekanntmachung verpflichtet ist, nicht oder wissentlich unrichtig oder unvollständig macht, oder sich den oben unter Ziffer 3 erwähnten Anordnungen widersetzt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Wer fahrlässig keine oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark bestraft.

Der Staatskommissar für Volksernährung. J. V.: Dr. Peters.

Unter Hinweis auf vorstehende Bekanntmachung fordern wir die Besitzer und Pächter aller landwirtschaftlich benutzten Flächen in Flur Teuchern auf, ihre Angaben uns bis zum 20. Mai 1919 mitzuteilen, und hierzu die ihnen übersandten Fragebogen zu benutzen. Wer keinen Fragebogen erhalten hat, jedoch Feld bewirtschaftet, hat die erforderlichen Angaben ebenfalls zu machen. Die ausgefüllten Fragebogen sind vom 20. Mai d. Js. zur Abholung bereit zu halten.

Teuchern, den 14. Mai 1919. **Der Magistrat.** Zimmermann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119190515-13/fragment/page=0003

Am 15. Mai 1919 kommen bei der Firma Ferd. Greffe an die Inhaber der Verkaufsnummern 1 281—1 348 und 1—105 für eine Person 125 Gramm **gerauchterte Flundern** zum Preise von 15 Pfg. zum Verkauf. Brotmarkenzeichen sind vorzulegen.

Teuchern den 14. Mai 1919.

Der Magistrat. Zimmermann.

Landwirtschaftlicher Verein

für Teuchern und Umgegend.

Donnerstag den 15. Mai abends 8 Uhr

VERSAMMLUNG

im Norddeutschen Hofe

Zahlreicher Besuch wird erbeten

Der Vorstand.

Fleisch- und Wurstverkauf.

Donnerstag, d. 15. 5. von vormittags 8 Uhr an an die Inhaber der Verkaufsnummern 601—1 000. Jede Person erhält 1/4 Pfund Fleisch oder Wurst.

Brotmarkenzeichen mitbringen.

Roßschlächterei Hinniger.

Verschiedene Qualitäten

Kaffee-Ersatz

Pfund 1,16 Mark.

Kaffee-Ersatz-Mischung

mit gar. 10% Bohnenkaffee 3/4 **Pfund 1,40 Mark**

empfiehlt

Thams & Garfs,

Markt 18.

Hochfeine Rindfleischsülze

(in Büchsen)

aus garantiert feinstem dänischen gepökelten Rindfleisch, ohne Knochen, Sehnen und Knorpel

empfiehlt

Robert Räther.

Weißenfelser Rohfell-Zentrale.

Engros! **en detail!**

Kaufe

Hamster und Maulwürfe

im einzelnen sowie größere Posten zu ständig höchsten Marktpreisen.

Hamsterfänger

erhalten extra pro Schock einen Prämienzuschlag.

Auswärtige Fänger wollen sich bitte mit mir in Verbindung setzen, da ich ihnen Bahnvergütung bei Verkauf ihrer Ware zusichere.

Conrad Bach,

Weissenfels a. S.

Rauchwarenzurichterei,

Telephon 571. Marienstr. 23. Telephon 571.

Meinen Schülern und deren Angehörigen zur Nachricht, daß das **Kränzchen** Sonnabend den 17. **d.** Mts. stattfindet. Da der Landestrauer halber keine Tanzstunden mehr abgehalten werden, sind noch Karten in meiner Wohnung abzuholen.

Eduard Schwabe.

Krauschwitz

Einladung zum

Vogelschießen

Donnerstag den 29. Mai (Himmelfahrt) und **Sonntag den 1. Juni.**

Um gütigen Besuch bitten

Der Schützenverein.

G. Bocher, Gastwirt.

Streng reell. Anständiger gebildeter Herr 22 J. 1,65 gr. in Zweigen der Landwirtsch. erfahren und gelernt, wünscht Bekanntschaft mit Dame, welche zu Hause kleine Wirtschaft besitzt, zur Gründung eines eigenen Heims. Gefl. Briefe möglich mit Bild zu senden an die Geschäftsst. d. Blattes unter **M. 100.**

Zirka 2 Morgen Feld

sind erbteilungshalber zu verkaufen, zu erfragen

G. Kolbe, Bäckermeister. Gröben.

Künstlerpostkarten

zu haben bei

Otto Lieferenz.

Verein für Obst- u. Gartenbau

Freitag, den 16. Mai.

wichtige Tagesordnung.

Der Vorstand.

Jüngeres

Dienstmädchen

16—18 Jahre alt, welches zu Hause schlafen kann und schon in Diensten war, per 1. Juni oder früher gesucht. Zu melden Fabrstr. 3 ptr.

Prima holl. Schokoladen-Pulver

rein Kakao und Zucker

empfiehlt

Bruno Billhardt.

Alle Sorten

Maler- und Maurerfarben,

guter

Firniss-Ersatz,

Fussboden-Lackfarben

in Dosen,

Fussbodenfarbe

streichfertig

Pfund 2,25 Mk.

empfiehlt

H. Pohle.

Ia Bohnerwachs (Wachsware) ca. 1 Pfd.-Dose 6 Mk.

Ia sch. Schuhcreme (Wachsware)

Dose 75 Pfg. und 1 Mk.

— — **echte** — —

Schwedische Zündhölzer

empfiehlt **Thams & Garfs** Markt 18.

Achtung.

Gartenarbeiten, sowie Friedhofs-Bepflanzungen

führt schnell und gut aus **Kurt Kauley,** Gärtner Steinweg II.

Ein neuer Anzug

ist zu verkaufen.

Pegauerstraße 6.

Ein gebrauchter **Kinderwagen** und eine **Fuhre Mist** ist zu verkaufen Dammstr. 9.

Ein Sportwagen

ist zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsst. d. Bl.

Ein kräftiger Junge

zum Ziegelabtragen wird eingestellt. Wo, sagt die Geschäftsst. ds. Bl.

Grosser Hund

von gelber Farbe auf den Namen Lord hörend, entlaufen. Wiederbringer erhält gute Belohnung.

Albert Lößner, Gröben.

Ein junger **Schäfer-Hund** zu verkaufen

Gröben N. 63.

Ein Ziegenböckchen,

5 Wochen alt zu verkaufen, zu erfragen in der Exped. g. Bl.

Die Verlobung unserer Tochter **Hildegard** mit dem Ingenieur Herrn **Albert Naue** geben wir bekannt.

Franz Zimmermann und Frau Martha geb. Schumann.

Teuchern, 14 Mai 1919.

Meine Verlobung mit Fräulein **Hildegard Zimmermann,** Tochter des Kaufmanns Herrn **Franz Zimmermann** und seiner Frau Gemahlin Martha geb. Schumann zeige ich ergebenst an.

Albert Naue.

Erfurt, 14. Mai 1919.

Heiligen Mühle.

Wir beehren uns nur hierdurch unsere Verlobung anzuzeigen

Martha-Marie Kunze

Hanns Hahn, Civ. Ing.

Leipzig. Oetzsch-Leipzig.

Mai 1919.

Für die uns aus Anlass unserer Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeiten danken wir herzlich.

Fritz Haferkorn u. Frau Frieda geb. Steinbrück.

Ich habe auf meinem Grundstück

Selbstschüsse

gelegt.

Paul Smolarzik.

Im Interesse der rechtzeitigen Fertigstellung des „Wöchentl. Anzeigers" werden

Anzeigen

bis spätestens vormittags 11 Uhr erbeten; größere bis vormittag — — 9 Uhr. — —

Später eingehende Anzeigen können für die Ausgabe des betreffenden Tages nicht mehr aufgenommen werden.

Die Geschäftsstelle.

Den verehrten Einwohnern zur Kenntnis, daß wir nach Ausgabe der neuen Lebensmittelkarten auch mit Lebensmitteln, zum Verkauf auf Karten, versehen werden.

Wir bitten deshalb jetzt schon, um Eintragung in unsere Kundenliste.

Thams & Garfs, Markt 18.

:: Gasthof Runthal ::

Sonnabend den 17. Mai 1919

grosser Mädchenball

des Jugendvereins „Edelweiss".

Starkbesetztes Orchester. **Anfang 6 Uhr.**

Zur Vorführung gelangt

ein internationaler Zigeuner-Tanz-Reigen in Nationaltracht.

Ausgeführt von 8 Herren und 8 Damen.

Hierzu laden ergebenst ein

G. Schmidt .. **Der Vorstand**

Achtung! **Schortau** **Achtung!**

Sonntag, den 18. Mai cr., Nachmittag 4 Uhr

Großer

Gründungs-Ball

der **Burschen und Mädchen-Vereinigung „Veilchenblau" zu Schortau.**

Es ladet freundlichst ein

Die Vereinigung.

Am 13. d. Mts. 12 Uhr mittags verstarb plötzlich infolge Unglücksfall mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, Schwieger- und Grossvater

Franz Gaudigs

Im Namen der Hinterbliebenen

Pauline Gaudigs

geb. Kanold.

Die Beerdigung findet am Freitag Nachmittag 4 Uhr vom Trauerhause Grüner Weg 3 aus statt.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Lieferenz Teuchern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119190515-13/fragment/page=0004

Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die fünfgespaltene Korpuszeile 20, Reklamezeile 30 Pf.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10 bis spätestens vormittags 10 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,50 Mk. von unseren Boten ins Haus gebracht 1,75 Mk und durch den Briefträger 1,74 Mk.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 57. | Donnerstag, den 15 Mai 1919. | 58. Jahrgang.

Das „Nein“ der Volksvertretung.

Der erste Zusammentritt der deutschen Nationalversammlung in der Reichshauptstadt gestaltete sich am Montag zu einer denkwürdigen Kundgebung, zu einem einmütigen Protest gegen den schimpflichen Vergewaltigungsfrieden, den die Entente uns aufzuzwingen sucht.

Bald nachdem Ministerpräsident Scheidemann mit sämtlichen in Berlin anwesenden Staatssekretären erschienen war, eröffnete Präsident Fehrenbach um 3¼ Uhr die Sitzung mit der Erklärung, daß aus allen Teilen des Reiches so zahlreiche Protesttelegramme gegen die Zerstückelung des Reiches eingelaufen seien, daß er sie unmöglich zur Verlesung bringen könne. Nachdem dann Geheimrat Dr. Kahl der Versammlung einen Willkommen-Gruß der Universität entboten und daran erinnert hatte, daß vor neun Jahren an gleicher Stätte anläßlich der Hundertjahrfeier der Universität die Vertreter der feindlichen Länder dem deutschen Volke und dem deutschen Geiste huldigten, ergriff Ministerpräsident Scheidemann zu einer Erklärung über die Friedensbedingungen das Wort. Hatte schon die Wendung in seiner Rede: „Welche Hand müßte nicht verdorren, die uns in diese Fesseln (des Friedensvorschlages der Entente) legt?“ ein stürmisches Echo geweckt, so toste ein immer wiederholtes, aus tiefstem Herzen kommendes Bravo aus der Versammlung empor, als der Ministerpräsident den Satz gesprochen: „Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar!“

„Wir haben Gegenvorschläge gemacht, und werden noch weitere machen,“ erklärte der Ministerpräsident, und forderte einen Friedensvertrag, der gehalten werden kann.

Damit war das Wichtigste, was an diesem Tage gesagt werden konnte und gesagt werden mußte, gesagt. Die Erklärung, die der preußische Ministerpräsident Hirsch namens der Regierungen aller deutschen Freistaaten abgab, unterstrich das „Nein“ der Reichsregierung aufs wirksamste. Die Parteiredner, die nun folgten, der Mehrheitssozialist Hermann Müller, der Zentrumsabgeordnete Groeber, der Demokrat Konrad Haußmann, zeigten mit Schärfe und mit Wärme die Unmöglichkeit der Vertragsbedingungen, und jede Rede klang in das gleiche „Unannehmbar“ aus.

Hermann Müller sagte, wenn dieser Vertrag angenommen würde, so müßten breite Massen unseres Volkes auf die Straße betteln gehen. Konrad Haußmann verkündete, wie schon Scheidemann es getan, auch den Deutsch-Oesterreichern treues Festhalten an der Vereinigungsidee. Stürmischen Beifall fanden seine Worte: „Hätte unser Heer, hätten unsere Arbeiter am 5. und 9. November gewußt, daß der Friede so aussehen würde, das Heer hätte die Waffen nicht niedergelegt, alles hätte ausgehalten. In dem „Unannehmbar“ war ferner Graf Posadowski (Dtschn. Vp.) so entschieden wie Frau Böhm-Schuch (Soz.), die namens der Frauen sprach, und Stresemann (D. Vp.) und die anderen Redner bis auf den Abg. Haase, der namens der Unabhängigen Sozialdemokraten deren bekannten Standpunkt vertrat, daß wir den Friedensentwurf, so empörend er wäre, annehmen müßten. Außer verschiedenen Rednern, die für ihre bedrohten Heimatgebiete Protest gegen die Raubpolitik der Entente erhoben, sprachen noch der demokratische Pazifist Quidde und der Zentrumspräsident Fehrenbach. Quidde erklärte, daß die internationalen Pazifisten einen ehrlichen, dauernden Frieden wollten, daß sie gerade darum den Versailler Vertrag ablehnen müßten, der nichts sei als „ein Hohn auf den Frieden der Völkerverständigung“. Er schloß seine Rede einem dreifachen „Nein!“ Das tiefbewegte Schlußwort des Präsidenten suchte zusammenzufassen, was in dieser ewig denkwürdigen Sitzung an Stimmungen und Gefühlen laut geworden ist.

Wir geben nun die einzelnen Reden in ihrer zeitlichen Aufeinanderfolge dem wesentlichen Inhalt nach wieder.

Ministerpräsident Scheidemann: Die Deutsche Nationalversammlung ist heute zusammengetreten, um am Wendepunkt im Dasein unseres Volkes gemeinsam mit der Reichsregierung Stellung zu nehmen zu dem, was unsere Gegner Friedensbedingungen nennen. In fremden Räumen hat sich die Vertretung der Nation zusammengefunden, wie eine Schar Getreuer, wenn das Vaterland in höchster Gefahr ist. Alle sind erschienen bis auf die Elsaß-Lothringer, denen man schon jetzt das Recht genommen hat, hier vertreten zu sein. Vertreter aller Stände sind hier, die Erwählten von Rheinland, vom Saargebiet, von Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien, von Danzig und Memel, alle die Männer, die, wenn es nach dem Willen der Feinde geht, zum letztenmale als Deutsche unter Deutschen tagen sollen. Nur ein Gebot gibt es zu dieser Stunde: **Wir gehören zusammen, wir müssen beieinander bleiben, wir sind ein Fleisch und ein Blut, und wer uns zu trennen versucht, der schneidet mit mörderischem Messer in den lebendigen Leib des deutschen Volkes!**

Unser Volk am Leben zu erhalten, das ist unsere Pflicht. Das dicke Buch von Versailles, in dem hundert… [illegible] begonnen: „Deutschland verzichtet, verzichtet, verzichtet!“, dieser schauerlichste und mörderische Hexenhammer, mit dem einem großen Volk das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückung, das Einverständnis mit

Versklavung und Helotentum

abgepreßt und erpreßt werden soll, — dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden. Die Welt hat auf Wilson gehofft. Sie ist wieder um eine Illusion ärmer geworden. An Hand der Friedensbedingungen wies nun Ministerpräsident Scheidemann die Unannehmbarkeit dieses Vertrages für Deutschland nach und erklärte: Wir haben Gegenvorschläge gemacht. Wir werden noch weitere machen. Wir sehen mit Ihrem Einverständnis unsere heilige Aufgabe darin, zu Verhandlungen zu kommen. Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar, so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könnt solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Millionen und aber Millionen Kehlen, aus allen Ländern ohne Unterschied der Partei der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan!

Ich danke allen, aus denen ein empörtes Herz und Gewissen sprechen. Ich danke vor allem und erwidere in unvergänglicher Anhänglichkeit das Gelöbnis der Treue, das gerade jetzt aus Wien zu uns herüberschallt. Ich rechte nicht mit den anderen, denen der Käfig noch nicht genug geflochten, noch nicht eng, noch nicht martervoll ist, der Käfig, in welchem das „deutsche Tier“ gesperrt werden soll. Wir kennen unseren Weg. Ueber diese Bedingungen darf er nicht führen! Es hieße nicht, an Deutsch- [illegible] mus aber wollen die Ententekapitalisten den Sozialismus in allen Ländern treffen.

Abg. Groeber (Ztr.) lehnte im Namen seiner Partei den Vertrag ab, der einen Wortbruch im vollsten Sinne des Wortes darstellt. Was England nütze, das schade übrigens Frankreich, und das Uebermaß der Forderungen werde sich auch vom Ententestandpunkt aus als undurchführbar erweisen. Soviel Ungerechtigkeit und Grausamkeit, wie in diesem Vertrage angehäuft sei, habe die Welt noch nicht erlebt.

Im Namen der deutschen Frauen protestierte Frau Abg. Böhm-Schuch (Soz.) gegen diesen Vertragsentwurf. Das Deutsche Reich habe eine ganz ungeheure Gegenrechnung an die Entente für das, was seinen Frauen, Kindern und Gefangenen angetan worden sei. Die deutschen Frauen appellieren an ihre Mitschwestern in der ganzen Welt und hoffen besonders, daß unsere Kriegsgefangenen bedingungslos zurückgegeben werden, wie wir auch die feindlichen Gefangenen ausgeliefert haben.

Abg. Haußmann (Dem.) lehnte im Namen der deutschen Demokratie die Ententeforderungen ab. Ein Friede auf dieser Grundlage sei ein Verrat an der Demokratie. Im Jahre 1916 habe Ebert, Fehrenbach und er auf dem Wege über Bern ein Friedensangebot auf dem Boden der Verständigung an die Entente gerichtet, jedoch erfolglos.

Abg. Bitta (Ztr.) wandte sich im Namen seiner oberschlesischen Landsleute mit aller Schärfe gegen die Abtrennung Oberschlesiens vom Deutschen Reiche. Die Gesinnung der Oberschlesier sei deutsch, und das habe sich auch im Kriege gezeigt. Ein Ruf gehe heute durch ganz Oberschlesien, deutsch zu bleiben.

Abg. Graf Posadowsky (Dt. Vp.): Dieser Vertragsentwurf ist ein Gemisch von französischer Rachsucht und englischer Brutalität. Man will eine ungeheuerliche Brandschatzung am deutschen Goldbestande vornehmen. Was wird die Folge davon sein? Unsere Valuta wird noch weiter sinken, und wir werden noch mehr Geld aufbringen müssen, mehr, als wir überhaupt besitzen.

Abg. Blunk (Dem.) erhob als Vertreter Schleswig-Holsteins lebhaften Einspruch gegen die Vergewaltigung der Deutschen Nordschleswigs und gegen die durch nichts gerechtfertigte willkürliche Abstimmung in Mittelschleswig.

Abg. Schultz-Bromberg (Dt. Vp.): Weder der Zahl der Bewohner nach, noch wirtschaftlich und kulturell ist der Regierungsbezirk Bromberg polnisches Land. Wir haben daher ein heiliges Recht auf dieses Land. Der Friedensvertrag ist für die Provinz Posen unerfüllbar und für alle Zeiten unannehmbar.

Abg. Dr. Stresemann (D. Vp.): Wird dieser Friedensvertrag nicht abgeändert, so wird er der größte Weltbetrug, den es je gegeben hat.

Abg. Haase (U. Soz.): Die Friedensbedingungen stehen in scharfem Widerspruch zu den Grundsätzen, die wir stets für den Frieden aufgestellt haben. Wir erheben daher schärfsten Protest. Wir verlangen, daß überall der Wille der Bevölkerung entscheidet. Das deutsche Volk muß jetzt die Verbrechen und Sünden seiner herrschenden Klassen büßen. Die Weltrevolution ist auf dem Marsche.

Frau Abg. Weber (Ztr.) erklärt im Namen des besetzten Gebiets: Eupen und Malmedy, die immer zum Deutschen Reiche gehört und wirtschaftlich und kulturell aufs engste mit Deutschland verbunden sind, dürfen nicht von Deutschland losgerissen werden.

Abg. Schäfer (Soz.): Das Saargebiet, das eine rein deutsche Bevölkerung hat, will die Entente ebenso von Deutschland reißen, wie das deutsche Oberschlesien. Hunderttausende von Arbeitern würden dadurch brotlos gemacht.

Abg. Graf Dohna (Dt. Vp.): Die Wilsonschen Punkte werden in der schlimmsten Weise verleugnet. Der Plan der Entente ist praktisch gar nicht durchführbar.

Abg. Dr. Quidde (Dem.): Wir internationalen Pazifisten haben mehr als irgendein anderer Veranlassung, mit der größten Schärfe gegen diese Friedensbedingungen aufzutreten. Wir müssen mit einer gewissen Hoffnungsfreudigkeit in die Verhandlungen hineingehen. Nur dann werden wir Erfolg dabei haben.

Präsident Fehrenbach stellte den machtvollen, geschlossenen Eindruck der Kundgebung der ganzen deutschen Volksvertretung gegen den Gewaltfrieden fest und bezeichnet ihn als ein Werk ödester Selbstsucht, von Haß und von Rache. Wir danken den Neutralen, die diesen Frieden verworfen haben. Aber wo bleiben die anderen einflußreichen Kreise in den fremden Ländern? Wo bleiben die Vertreter der Religion? Das friedliebende deutsche Volk hat an diesem Kriege keinen Anteil. Auch in Zukunft werden deutsche Frauen Kinder gebären, und diese Kinder werden die Sklavenketten zerbrechen. Für uns gilt auch heute das Wort: Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt. (Lebh. Beifall.)

Präsident Fehrenbach erhält die Ermächtigung, Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung selbständig festzusetzen. — Schluß nach 8 Uhr.

Ebert an das amerikanische Volk.

Das Banner der vierzehn Punkte.

Der Reichspräsident Ebert gewährte dem Berliner Vertreter der „Associated Preß“ eine Unterredung, in der er im wesentlichen erklärte:

Die Kundgebung, die ich hiermit durch Sie an die amerikanische Oeffentlichkeit richte, bedeutet die moralische Kriegserklärung des neuen Deutschland an das ganze übriggebliebene System der alten internationalen Politik. Das deutsche Volk hat die Herrschaft der Gewalt und der Unwahrhaftigkeit bei sich zu Hause zertrümmert. Deutschland hat Waffen und Rüstung abgelegt. Desto stärker sittlich gerüstet tritt es heute gegen eine Welt von Feinden auf den Plan. Es pflanzt

das Banner mit den vierzehn Punkten

auf, das Wilson anscheinend im Stich gelassen hat. Das Ausbleiben eines sofortigen elementaren Ausbruches allgemeiner Empörung im ganzen deutschen Volke ist das charakteristischste Zeichen für die Wirkung, welche die Bekanntgabe der Friedensbedingungen ausgeübt hat. Alles war im Augenblick wie niedergeschmettert. In der ganzen Weltgeschichte wird man seit Rom und Karthago vergeblich nach Friedensbedingungen suchen, in denen der Wille zur völligen Vernichtung des Gegners so voll kalter Grausamkeit und raffiniert zum Ausdruck gebracht wurde.

Der Entwurf, den man uns vorgelegt hat, wirkt zugleich entsetzenerregend und abstoßend. Er bedeutet eine vollständige Negierung des vom Präsidenten Wilson aufgestellten Friedensprogramms der vierzehn Punkte, dieses Programms, auf dessen Verwirklichung wir vertraut haben und worauf uns nach der Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November 1918 ein Recht zusteht. Ich habe eine Schrift über Wilson und den Rechtsfrieden vor mir. Da ist in seiner Botschaft vom 22. Januar 1917 an den Senat das Wort von der Notwendigkeit eines „Friedens ohne Sieg“. Der Präsident sagt:

„Der Sieger darf nicht seinem Besiegten seine Bedingungen aufzwingen. Sie würden in Erniedrigung, unter Zwang und unter unerträglichen Opfern angenommen werden. Sie würden einen Stachel, Rachsucht und Bitterkeit zurücklassen, so daß ein solcher Frieden nicht auf fester Grundlage, sondern nur wie auf Triebsand ruhen würde. Nur ein Friede zwischen Gleichen kann von Dauer sein.“

Wo ist in dem Friedensentwurf, den Präsident Wilson mit unterschrieben hat, auch nur eine …

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119190515-13/fragment/page=0005